

Eltern in Sorge: Was das Land für Förderschulen plant

Anke Mersmann



Das Bildungsministerium plant, an Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen das freiwillige 10. Schuljahr abzuschaffen. Nicht nur deshalb sind Eltern und Lehrkräfte in Aufruhr.

Foto: Mersmann Anke/Thomas Reimer – stock.adobe.com

Die täglichen Hausaufgaben: ein Horror. Frust und Tränen auf beiden Seiten, bei ihr selbst ebenso wie bei ihrer Tochter, berichtet die Frau an diesem Abend im großen Saal der Kreisverwaltung in Bad Kreuznach. Ihre Stimme bricht, leicht fällt es der Frau mit den dunklen langen Haaren nicht, vor versammelter Runde den Leidensweg ihrer an einer Lernschwäche leidenden Tochter zu skizzieren.

Dieser fand erst ein Ende, als das Kind von einer Grund- auf eine Förderschule wechselte. Mit einem anderen Lerntempo, mit mehr individueller Förderung. „Es war das Beste, was ihr passieren konnte“, sagt die Frau. Namentlich möchte sie nicht genannt werden. Ebenso wenig wie meisten anderen Frauen und Männer, die sich auf Einladung von Landrätin Bettina Dickes (CDU) an diesem Abend hier im Tischrund versammelt haben. Manche möchten es nicht, manche dürfen es nicht. Sie sind verbeamtete Lehrkräfte und somit der Staatstreue verpflichtet, öffentlich Kritik am Dienstherrn – dem Land – zu üben, kann Konsequenzen nach sich ziehen.

Sie alle sind hier, um Sorgen und Befürchtungen über den Entwurf der neuen Schulordnungen für öffentliche Förderschulen und inklusiven Unterricht an öffentlichen Grundschulen zu artikulieren. Die neuen Schulordnungen sollen zum Schuljahr 2024/2025 gelten – mit Übergangsfristen.

Kritik an Vorhaben

Kritisch gesehen werden vor allem zwei Vorhaben des von Stefanie Hubig (SPD) geführten Bildungsministeriums: das freiwillige 10. Schuljahr mit dem Förderschwerpunkt Lernen abzuschaffen. Und das Verfahren zu ändern, was die Erstellung von Gutachten anbelangt, mit denen eine Lernschwäche dokumentiert wird. Hier geht es wohl um den Wechsel in die fünfte Klasse als auch um die beiden ersten Schuljahre. Dazu später mehr.

Was das zehnte Schuljahr angeht: Bislang erlangen Jugendliche mit Abschluss der freiwilligen 10. Klasse im Förderschwerpunkt Lernen die Berufsreife. Der Entwurf des Bildungsministeriums sieht nun vor, dass Förderschülerinnen und -schüler künftig nach dem Ende der 8. Klasse auf eine Regelschule wechseln – also an eine Realschule plus, eine Integrierte Gesamtschule oder in das Berufsvorbereitungsjahr an einer Berufsschule, um dort nach der 9. Klasse die Berufsreife zu erlangen.

Wir wollen, dass Kinder, die schlechte Lernvoraussetzungen beim Schulstart haben, erst einmal mehr Zeit zum

Lernen und zum Eingewöhnen in schulisches Lernen bekommen – das ist eine Frage der Bildungsgerechtigkeit.“

Sprecherin des Bildungsministeriums

Das Bildungsministerium erklärt dieses Vorhaben auf Anfrage unserer Zeitung mit dem Prinzip, „in der inklusiven Bildung so viel Normalität wie möglich zu gewährleisten und nur so viele Sonderwege wie notwendig einzurichten“, sagt eine Sprecherin. Sie verweist darauf, dass die bislang geltenden Regelungen über das 10. Schuljahr an Förderschulen aus dem Jahr 1978 stammt und es damals noch keine Anschlussmöglichkeiten gab. Seitdem, sagt die Sprecherin, „hat sich viel verändert, sowohl in der Bildungslandschaft als auch auf dem Arbeitsmarkt und nicht zuletzt im Hinblick auf die Inklusion“. Dieser Entwicklung wolle man mit dem neuen Entwurf gerecht werden. Es gilt eine Übergangsfrist bis zum Schuljahr 2027/2028.

„Kinder werden abgehängt“

Eltern und auch Lehrkräfte, das wird bei dem Treffen in Bad Kreuznach deutlich, fürchten allerdings, dass die betroffenen Kinder abgehängt werden: Nach der 8. Klasse, mitten in der Pubertät, ist der Tenor, sollen die Mädchen und Jungen den bekannten Lernort wechseln. In eine neue Klasse, ein unbekanntes Umfeld, an eine neue Schule, wo sie alles, was der Stundenplan so hergibt, in einem System pauken müssen, in dem sie nicht mehr wie im vorherigen Umfang unterstützt und gefördert werden können. Kurzum: „Es ist zu befürchten, dass viele Kinder von all dem Neuen überfordert sind und die Anforderungen nicht schaffen können“, sagt Claudia Pilger. Als Vorsitzende des Vereins Pro Förderschule hat sie kein Problem damit, namentlich genannt zu werden.

Es ist zu befürchten, dass viele Kinder von all dem Neuen überfordert sind und die Anforderungen nicht schaffen können.

Claudia Pilger, Vorsitzende des Vereins Pro Förderschule

Der Verein will für einen Erhalt der Förderschulen in der bisherigen Form kämpfen und hat inzwischen eine entsprechende Petition gestartet. Damit stehen sie nicht allein. Die geplante Änderung der Schulordnungen für Förderschulen sorgt vielerorts in Rheinland-Pfalz für Diskussionen. Aus Landau in der Pfalz ist ebenfalls eine Petition online, Tausende Unterschriften sind bereits zustande gekommen. Zumal Eltern, Lehrer und die Interessensverbände fürchten, dass die neuen Schulverordnungen ein Prozess einleiten, in dem Förderkräfte an Schulen eingespart werden können. Oder der Förderschulen gar obsolet werden lässt. Mehr und mehr wird überall in der Region auf Veranstaltungen darüber informiert, was es mit den Entwürfen zu den neuen Schulordnungen auf sich hat.

Wechsel zur Förderschule zum dritten Schuljahr möglich

Kritisch stehen diesen Plänen auch drei Lehrerinnen einer Schwerpunktschule aus dem Kreis Bad Kreuznach gegenüber. Als „sinnlos“ bezeichnen sie das Vorhaben des Bildungsministeriums. Sie sorgen sich vor allem wegen der Änderungen beim Gutachterverfahren. Bisher ist es möglich, dass, wenn Kinder im Vorschulalter bereits mit Lernschwächen auffallen, sie mit einer gutachterlichen Stellungnahme direkt auf eine Förderschule wechseln können. „Direkt mit Beginn ihrer schulischen Laufbahn können diese Kinder intensiv und ihren Bedürfnissen entsprechend betreut werden“, beschreiben die Lehrkräfte.



Eltern fürchten, dass es Kindern mit Förderbedarf Lernen schwerfallen wird, in einer Regelschule mithalten zu können.

Foto: Philipp von Ditfurth/picture alliance/dpa

Die neue Schulverordnung sieht nun vor, dass ein solches Gutachten erst in der zweiten Klasse erstellt und der Wechsel auf eine Förderschule erst zur dritten Klasse erfolgen kann. Stattdessen, erklären die Lehrerinnen, muss sich das Kind durch zwei Schuljahre mit regulärem Unterricht kämpfen. Ein Scheitern sei in den meisten Fällen absehbar: „Das macht etwas mit den Kindern.“ Aber auch mit den Lehrkräften, berichten die drei Frauen.

Sie arbeiten einer Schwerpunktschule, an der Mädchen und Jungen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf gleichermaßen unterrichten. Wenn bekannt sei, dass Kinder mit Lernschwäche eine Klasse besuchen, könne man sich auf die Bedarfe einstellen – wenn es jedoch nicht bekannt ist, habe das Folgen für alle Beteiligten. Und Eltern, dies wird in dieser Runde klar, fühlen sich in ihrem Recht, die Schulform ihres Kindes wählen zu können, eingeschränkt. Die geänderte Zugangsvoraussetzungen sollen analog auch für den Wechsel in die fünfte Klasse gelten.

Ministerium: Alles eine Frage der Bildungsgerechtigkeit

Mit dem Wohl der Kinder wiederum argumentiert auch das Bildungsministerium, es sieht es just mit den geplanten Änderungen im Förderschwerpunkt Lernen gestärkt. Dass Mädchen und Jungen mit einem Förderbedarf die erste und zweite Klasse durchlaufen, ist laut der Sprecherin „eine Frage der Bildungsgerechtigkeit“. Der Förderschwerpunkt Lernen, erklärt die Sprecherin, stellt ein „erhebliches Lernversagen in allen schulischen Bereichen“ fest. „Vor einer solchen Diagnose sollen die Kinder die Möglichkeit für schulisches Lernen haben.“ Deshalb wolle man, „dass Kinder, die schlechte Lernvoraussetzungen beim Schulstart haben, erst einmal mehr Zeit zum Lernen und zum Eingewöhnen in schulisches Lernen bekommen“. Deshalb soll dieser Förderschwerpunkt künftig weder vor der Einschulung noch im ersten Schuljahr festgestellt werden. In begründeten Fällen sind demnach Ausnahmen möglich.

Vor einer solchen Diagnose sollen die Kinder die Möglichkeit für schulisches Lernen haben.

Sprecherin des Bildungsministeriums in Bezug auf die Diagnose Förderschwerpunkt Lernen

Das Ministerium tritt auch der Befürchtung entgegen, dass mit der neuen Schulordnung ein Sparpotenzial geschöpft werden solle: Förderkräfte sollen keinesfalls eingespart werden, erklärt die Sprecherin unserer Zeitung. Ihr zufolge werden zusätzliche Stellen von Förderschulkräften im inklusiven Unterrichten im kommenden Doppelhaushalt vorgesehen.

Überdies würden Förder- und Beratungszentren personell verstärkt, um „Schulen mit ihrer sonderpädagogischen Expertise auch im Sinne einer Prävention zu unterstützen“. Bereits im aktuellen Schuljahr wurden laut Ministerium 35 zusätzliche Stellen eingerichtet. Was die Kosten für inklusiven Unterricht anbelangt, sind laut Ministerium im aktuellen Haushalt 58,5 Millionen Euro veranschlagt, 2024 soll dieser Posten auf 60 Millionen Euro wachsen. Und: Zu den bereits vorhandenen 820 Vollzeitstellen zur Umsetzung der Inklusion, sagt die Ministeriumssprecherin, sollen 250 zusätzliche Stellen geschaffen werden – „insbesondere an Grundschulen“.

Jonas' Erfolgsgeschichte

Diese Vorhaben sind auch in der Runde bekannt und mit Skepsis aufgenommen. „Versprochen wurde schon viel, umgesetzt wurde wenig“, sagt einer der Schwerpunktschul-Lehrerinnen – sie ernte allgemeine Zustimmung, auch von Landrätin Dickes. Sie hat mittlerweile einen Brandbrief an Ministerin Hubig geschickt, in der sie ihre Bedenken gegen die Schulreformen äußert sowie die Sorgen von Eltern und Lehrkräften um das Förderschulangebot skizziert.

Einer, der sich darum nicht mehr selbst sorgen muss, aber dennoch Position pro Förderschule in ihrer bisherigen Form bezieht, ist Jonas J. Er sitzt ebenfalls im Tischrund, 17 Jahre ist er alt, hat die Berufsreife mit Abschluss der zehnten Klasse der Förderschule in der Tasche. Er will Forstwirt werden, ist schon in der Ausbildung. Den Kontakt zum Arbeitgeber stellte er bereits während der Schulzeit her, berichten Jonas und seine Mutter. Geht es auf einen Abschluss an einer Förderschule zu, gehören eng begleitete Praktika zum Schulprogramm – auch um diese besondere Betreuung fürchten Eltern wegen der neuen Schulordnung. Für Jonas jedenfalls ist klar: „Ohne die Förderschule hätte ich es nicht hierher geschafft.“

Welche Förderschulen betroffen sind

In Rheinland-Pfalz gibt es 132 Förderschulen, 69 haben den Förderschwerpunkt Lernen. 24 von ihnen bieten laut Bildungsministerium das freiwillige zehnte Schuljahr an. An den übrigen Förderschulen ohne dieses freiwillige Angebot wird laut Ministerium seit langem so verfahren, dass Schülerinnen und Schüler die Berufsschulreife an eine Regelschule erlangen.